

Transparenz ist kein Luxus: Warum das Industriegebiet wichtig für Borchchen ist.

Ein Monitoring für das interkommunale Industriegebiet „Im Klee“ wurde abgelehnt. Dabei hätte es vor allem eines geschaffen: Transparenz und Klarheit über das Projekt, das die Zukunft Borchchens mitgestaltet.

Borchchen, 13. Juli 2026. Es sind oft nicht die spektakulären Entscheidungen, die kommunalpolitisch den Unterschied machen, sondern die vermeintlich technischen. Der Antrag auf ein regelmäßiges Monitoring und Reporting für das interkommunale Industriegebiet „Im Klee“ gehört in diese Kategorie. Der Antrag wurde im Bau- und Umweltausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss abgelehnt und ist doch von größerer politischer und öffentlicher Tragweite, als das Abstimmungsergebnis vermuten lässt.

Denn hinter der Frage, ob halbjährlich Bericht erstattet wird, verbirgt sich mehr als Verwaltungstechnik. Es geht um den politischen Anspruch, ein Großprojekt aktiv zu steuern, statt sich darauf zu beschränken, es nur zur Kenntnis zu nehmen. Und es geht um die Frage, ob sich zwischen beiden Haltungen nicht ein pragmatischer Mittelweg finden lässt.

Was war da eigentlich los im Bau- und Umweltausschuss/ im Haupt- und Finanzausschuss?

Im Rahmen der Beratungen im Bau- und Umweltausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss stand der Antrag der Freien Wähler Borchchen im Mittelpunkt, ein regelmäßiges Monitoring für das interkommunale Industriegebiet „Im Klee“ einzuführen. Ziel des Antrags war es, den Rat in festen Intervallen, mindestens halbjährlich, strukturiert über Kostenentwicklung, Planungsfortschritt und Einhaltung zentraler Meilensteine zu informieren und damit eine belastbare Vergleichbarkeit zwischen Planung und tatsächlicher Umsetzung herzustellen.

Die Diskussion darüber verlief sachlich, zugleich jedoch erkennbar gegensätzlich in der Bewertung. Befürworter hoben die Bedeutung eines solchen Monitorings als Instrument der Transparenz und Frühsteuerung hervor, insbesondere bei einem Projekt dieser Größenordnung und finanziellen Tragweite. Kritisch wurde hingegen aus der Verwaltung eingewandt, dass ein formalisiertes Berichtswesen zusätzliche Kosten verursachen könne und die Verwaltung den Rat bereits jetzt regelmäßig und ausreichend informiere.

Der Antrag der FWB-Fraktion ist in seiner Anlage bemerkenswert unaufgeregt: Die Verwaltung sollte den Rat mindestens halbjährlich über Baukosten, Planungsstände und den Umsetzungsfortschritt informieren, inklusive einer Gegenüberstellung von Soll- und Ist-Kosten sowie der Einhaltung von Zeitplänen und Meilensteinen.

Das ist weder ungewöhnlich noch überzogen. Es ist, nüchtern betrachtet, ein klassisches Instrument moderner Projektsteuerung. Gerade bei einem der größten Bau- und Planungsprojekte der Gemeinde, wie es im Antrag selbst ausdrücklich heißt, wäre eine solche strukturierte Berichterstattung kein Sonderweg, sondern der Regelfall professioneller Governance.

Die Argumente gegen den Antrag sind nachvollziehbar, greifen aber zu kurz. Zusätzliche Kosten wurden angeführt, ebenso der Hinweis, die Verwaltung informiere bereits ausreichend. Beides ist für sich genommen nicht falsch. Entscheidend ist jedoch der Blick auf das Ganze.

Erstens: Kosten. Ein Monitoring erzeugt Aufwand, zweifellos. Doch die entscheidende Frage ist, wie dieser Aufwand im Verhältnis zur Gesamtgröße des Projekts zu bewerten ist. Ein Industriegebiet dieser Dimension wird gemeinsam mit der Stadt Paderborn entwickelt. Es hat erhebliche finanzielle Tragweite und langfristige Auswirkungen auf Gewerbeansiedlung, Beschäftigung und kommunale Einnahmen. Deshalb verlangt es nach belastbaren Steuerungsinstrumenten. Bei einem Projekt dieser Größe ist Transparenz kein sinnvoller Ansatzpunkt zum Sparen. Monitoring ist kein Selbstzweck, sondern ein Frühwarnsystem: Es zeigt Abweichungen, bevor sie politisch oder finanziell problematisch werden.

Zweitens: Information. Der Hinweis, der Rat werde bereits informiert, ist richtig, aber dennoch unzureichend. Es gibt einen fundamentalen Unterschied zwischen situativen Berichten und einem formalisierten Monitoring. Letzteres bedeutet Verlässlichkeit: gleiche Struktur, regelmäßige Intervalle, klare Kennzahlen. Es schafft Vergleichbarkeit über die Zeit hinweg. Vor allem aber setzt es ein politisches Signal in die Öffentlichkeit: Dieses Projekt ist prioritär und wird systematisch begleitet.

Genau hier liegt die politische Bedeutung des abgelehnten Antrags. Ein Monitoring wäre nicht nur ein Instrument gewesen, sondern auch ein Bekenntnis: zur aktiven Rolle des Rates, zur Bedeutung des Industriegebiets und zur Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit.

Diese Logik erklärt, warum der Antrag über Fraktionsgrenzen hinweg Zuspruch fand. Wirtschaftliche Entwicklung ist kein Selbstläufer, sondern ein gestaltbarer Prozess. Ein Industriegebiet ist kein reines Flächenprojekt; es ist ein Bestandteil struktureller Standortpolitik. Arbeitsplätze entstehen, lokale Unternehmen profitieren von Aufträgen, Gewerbesteuerereinnahmen sichern langfristig die finanzielle Handlungsfähigkeit. Diese Zusammenhänge verlangen nicht weniger, sondern mehr politische Aufmerksamkeit.

Hinzu kommt ein Aspekt, der in der Debatte häufig unterschätzt wird: Transparenz ist keine interne Angelegenheit. Der Antrag betont ausdrücklich, dass Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten sollen, den Projektverlauf nachzuvollziehen. Das ist keine Nebensächlichkeit, sondern ein demokratischer Kernpunkt. Große Projekte schaffen Akzeptanz nicht allein durch Beschlüsse, sondern durch nachvollziehbare Entwicklung.

Die Sorge, ein Monitoring könne als Misstrauensbeweis gegenüber der Verwaltung verstanden werden, ist dabei fehlgeleitet. Im Gegenteil: Klare Berichtsroutinen entlasten Verwaltung und Politik gleichermaßen, weil sie Erwartungen definieren und Ad-hoc-Anfragen reduzieren. Dieser Punkt wird im Antrag ausdrücklich genannt.

Dass selbst innerhalb anderer Fraktionen, etwa der CDU, unterschiedliche Bewertungen sichtbar wurden, zeigt zudem: Die Notwendigkeit strukturierter Transparenz wird durchaus erkannt. Umso mehr überrascht das Abstimmungsergebnis. Es wirft die Frage auf, ob dabei eher die Sorge vor zusätzlichem Aufwand den Ausschlag gab als eine grundsätzliche Ablehnung des Instruments.

Dabei hätte sich ein pragmatischer Mittelweg angeboten: ein klar definiertes, schlankes Reporting in festen Intervallen. Keine Überregulierung, sondern gezielte Steuerung. Genau das, was moderne

Projektführung ausmacht. Das Monitoring wurde abgelehnt, das Projekt bleibt. Und mit ihm die Verantwortung, es nicht nur zu entwickeln, sondern auch nachvollziehbar zu begleiten.

Wer bei einem der wichtigsten Vorhaben der Gemeinde sagt, bestehende Informationswege reichen aus, beschreibt den Status quo. Wer Monitoring fordert, will mehr: Systematik, Vergleichbarkeit, Öffentlichkeit.

Man kann den Antrag daher für entbehrlich halten. Ob es klug ist, wird die Zeit zeigen. Denn am Ende gilt auch auf kommunaler Ebene ein einfacher Grundsatz: Große Projekte geraten selten ins Wanken, weil sie zu gut beobachtet wurden, sondern weil man zu lange glaubte, es werde schon gut gehen. Ein Kompromiss böte sich an: gemeinsam mit Ratsmitgliedern sowie Bürgerinnen und Bürgern ein schlankes, wirksames Monitoring auszuarbeiten und mit Leben zu füllen. Diese Chance sollte der Rat nutzen, denn Idee und Intention sind mit der Ablehnung des Antrags nicht erledigt.